

„Schluß mit dem atomaren Glücksspiel“

Offener Brief des CDU-Mitglieds Franz Alt an Helmut Kohl

Lieber Helmut Kohl,

als Antwort auf die Katastrophe von Tschernobyl haben Sie vor dem Bundestag gesagt, die Nutzung der Kernenergie sei „ethisch zu verantworten“. Sie übernehmen hier – scheinbar – eine Verantwortung, die kein Mensch übernehmen kann. Oder wie sollte denn die Übernahme Ihrer Verantwortung praktisch und konkret aussehen, wenn im nächsten Jahrzehnt gesundheitliche und im nächsten Jahrhundert genetische Spätfolgen deutlich werden durch Tschernobyl oder einen weiteren Unfall? Wie wollen Sie praktisch Verantwortung tragen für die psycho-sozialen Schäden an Millionen Kindern, die in diesen Wochen in Angst und Schrecken leben?

Ich weiß, wie sehr Sie die hohen Abtreibungszahlen in unserem Land belasten. Aber wie soll denn die „ethische Verantwortung“ des Politikers Helmut Kohl konkret aussehen gegenüber jenen Ungeborenen, die in diesen Tagen deshalb abgetrieben werden, weil ihre Eltern nach der Bewußtseinsdämmerung der atomaren Gefahr von abgrundtiefen Ängsten und von Verzweiflung gepeinigt werden? Wie lange wollen Sie eine zivile und militärische Atompolitik ethisch verantworten, die im Katastrophenfall die Abtreibung von Millionen Geborener bedeuten kann? Je länger wir jetzt noch Atompolitik betreiben, desto schlechter steht es mit der Glaubwürdigkeit der Unionspolitik für die Ungeborenen. Wer gegen Abtreibung ist, darf nicht die möglich gewordene atomare Abtreibung der ganzen Welt in Kauf nehmen. Immer mehr Menschen, vor allem Frauen, empfinden Atompolitik als lebensbedrohlich. Hätten Frauen jetzt im Bundestag die Mehrheit, es wäre rasch zu Ende mit dem atomaren Hochmut.

Wir haben bis jetzt Glück gehabt. Aber das atomare Glücksspiel treiben wir nicht ungestraft auf Dauer. Die atomare Wolke von Tschernobyl war lediglich eine Giftwolke – die nächste Atomwolke könnte für Millionen ein Leichentuch am Himmel sein. Wir können nur ernten, was wir säen. Alle Unfälle, die möglich sind, werden irgendwann passieren, wenn wir die Voraussetzungen für mögliche Unfälle nicht beseitigen. Tschernobyl ist die vielleicht letzte Chance zum Umdenken.

Jedes wirkliche Um-Denken setzt ein Um-Fühlen voraus. Wären uns das Gefühl und der innere Instinkt für die Gefahr verlorengegangen, wir wären im Atomzeitalter endgültig verloren. Erst wenn wir in die Grube gefallen sind, erkennen wir offenbar die Notwendigkeit und die Chance, wieder herauszu-

klettern. Doch manche beginnen schon, sich in der atomaren Grube einzurichten. Dort kann jedoch kein menschenwürdiges Leben wachsen. Ein atomarer Unfall verletzt tief die Würde des Menschen.

Lieber Herr Bundeskanzler, ich höre in diesen Tagen Parteifreunde sagen, ohne Atomstrom kämen wir nicht mehr aus. Besitzen wir die Atomkraft, oder sind wir bereits besessen von ihr? Wenn wir die Geister, die wir riefen, nicht mehr loswürden, dann wäre dies die moralische Bankrotterklärung atomarer



Christdemokrat Alt

„Wir haben eine atomare Internationale“

Politik. Der Diagnose atomarer Besessenheit liegt keine Verteufelung der Kernenergie zugrunde, aber die Erkenntnis unserer Lern- und Umkehrfähigkeit.

Wer nach Tschernobyl noch Atomkraftwerke bauen will, begründe dies bitte ehrlich mit den ökonomischen Interessen der Atomwirtschaft, aber nicht mit moralischen Ansprüchen. Moralisieren geht immer zu Lasten der Moral.

Das auch bei uns verbleibende Restrisiko haben Sie „theoretisch“ genannt und „für uns alle vertretbar“. Diese Argumentation ist unredlich und nach allem, was wir wissen, wissenschaftlich unhaltbar. Tschernobyl hat auch mich gelehrt, daß das, was gestern noch für unmöglich gehalten wurde, sehr wohl möglich ist. Spätestens jetzt dürfen wir nicht länger das Udenkbare mit dem Unmöglichen verwechseln. Diese Ver-

wechslung war die schrecklichste Sünde im Atomzeitalter. Was würden Sie als Kanzler den Betroffenen, uns allen, sagen, wenn hier etwas passiert?

Die Industriegesellschaften in Ost und West haben die Risiken der zivil-atomaren Entwicklung noch länger verdrängt als die der militärisch-atomaren Entwicklung. Bis jetzt haben nur Minderheiten protestiert. Auch ich hatte mich in Wort und Schrift nie am Protest gegen Atomkraftwerke beteiligt. Doch jetzt ist bewiesen, daß es keine friedliche Nutzung der Kernenergie gibt. Und danach fällt erst richtig auf, daß die Technokraten in Ost und West die Gefahren mit denselben Argumenten zu verniedlichen suchen. Wir haben heute eine blocküberschreitende atomare Internationale.

Das christliche Menschenbild unserer Partei kennt nicht jenen neuen perfekten Menschen, der für die totale Sicherheit atomarer Großtechnologie notwendig wäre. Er ist ein technokratisches Hirngespinnst. Der Fortbestand menschlicher und technischer Fehler macht das Atomzeitalter um vieles gefährlicher als voratomare Zeiten. Atomar sind wir Weltmeister, aber menschlich dieselben Sünder geblieben. Ich begreife nicht, warum heute gerade Konservative auf jeden technokratischen Zug zu springen versuchen, selbst dann noch, wenn dieser gerade entgleist ist.

Wir leben nicht vom Atomstrom, sondern von reiner Luft, sauberem Wasser, strahlender Sonne, gesunden Böden und genießbaren Pflanzen. Die Theologie der Schöpfung lehrt uns: Gott schläft in den Steinen, atmet in Pflanzen, träumt in Tieren und will in uns Menschen erwachen. Gottvertrauen oder Atomvertrauen? Worauf setzen wir?

Auf Gott vertrauende Menschen sollten leichten Sinnes Politik machen, aber nicht leichtsinnige Politik. Wir können nicht zwei Herren dienen. Die alten religiösen Fragen haben eine ganz neue Dimension. Religiös sein heißt heute, die Heiligkeit der Schöpfungsordnung achten – privat und politisch. Die alten konservativen Worte und Werte bekommen im Angesicht der Gefahr eine ganz aktuelle Bedeutung. Ach, wären die Konservativen doch endlich konservativ anstatt atomare Revolutionäre! Die Erhaltung des Lebens und der Lebensgrundlagen ist eine urkonservative Aufgabe, nachdem die Welt am atomaren Abgrund angekommen ist.

Harrisburg, das Challenger-Unglück, Tschernobyl: das sind keine „Heimsuchungen“, wie Sie sagen, Herr Bundeskanzler, und schon gar keine gottgewollten Schicksalsschläge. Das ist Men-

schenwerk. Wir haben Fehler gemacht. Wir verwechseln Mut mit Hochmut und Angst mit Feigheit. Nur ein blinder Optimismus kann jetzt noch das Sinken und das Eintrüben des ethischen Grundwasserspiegels in unserer Politik übersehen. Sie hatten doch eine moralische Wende versprochen!

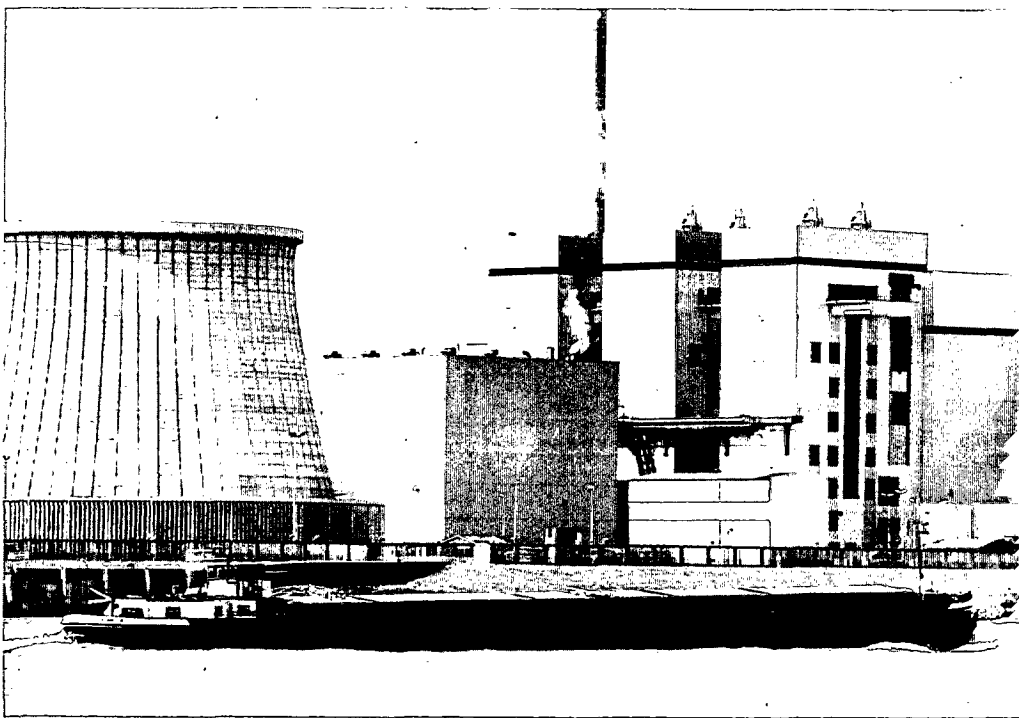
Die wichtigste Aufgabe des deutschen Kanzlers ist heute, das atomare Glücksspiel beenden zu helfen. Atomare Großtechnologie ist nicht oder noch nicht menschengerecht. Sie ist nicht oder noch nicht sozial verträglich. Wir brauchen keine neue Moral, wohl aber die Rückbesinnung auf alte Werte, eine Ökologie der Bescheidenheit statt einer Ökonomie der Verschwendung. Tschernobyl hat eine Bewußtseinsdämmerung bewirkt, weit mehr bei den Wählern als bei den Gewählten. Deshalb wird man beim nächsten Unglück kaum noch von „Heimsuchung“ oder vom „technischen Versagen“ sprechen können, wahrscheinlich aber von charakterlichem Versagen derer, die nicht zu radikalen Konsequenzen bereit waren – falls man überhaupt noch sprechen kann.

Geistige Führung der Politik ist jetzt gefragt. Sie ist überlebensnotwendig. Wählermehrheiten sind heute möglich für Politiker, die von den Reichen einen etwas bescheideneren Lebensstandard fordern, einen geringen Anstieg der Energiekosten nicht ausschließen und Energiesparen als Tugend preisen. Vernünftige Menschen bringen lieber materielle Opfer, bevor sie selbst geopfert werden. Es gibt zwar keine Rache des Schöpfers, aber eine Rache der Schöpfung.

Lieber Helmut Kohl, Rüdiger Altmann hat im SPIEGEL Ihre Ablösung gefordert. Das ist Personalkosmetik. Mir geht es um die Rückbesinnung auf urchristliches Gedankengut, das in der UR-CDU nach 1945 noch zu spüren war. Atomarer Fortschritt erweist sich als tödlich. Wir brauchen eine Ethik des Lebens. Zum Glück ist auch heute noch in der CDU-Spitze davon etwas zu spüren. Richard von Weizsäcker fordert ein „Innehalten“, Kurt Biedenkopf und der saarländische CDU-Chef einen Umstieg und die baden-württembergische CDU den „Abbau der Kernenergie“. Lothar Späth hatte eine weise Entscheidung getroffen, als er Wyhl nicht bauen ließ.

Auf Dauer ist auch wirtschaftlicher Fortschritt nur mit der Natur denkbar. Die Mißachtung dieser Zusammenhänge zerstört Fortschritt und Freiheit. Das CDU-Grundsatzprogramm definiert Freiheit nicht als grenzenlose, sondern als „verantwortete Freiheit“. Der einzig ethisch verantwortbare Sachzwang heißt jetzt: keine neuen Kernkraftwerke, rascher Abbau der Kernenergie.

In diesem Sinne
Ihr Franz Alt



Schneller Brüter in Kalkar: „Wir kriegen die Frontbegradigung hin“

en. Die Sozialdemokraten planen den Einstieg in den Ausstieg. Die Freidemokraten wollen an der Atomenergie nur noch so lange festhalten, wie sie keine Alternativen sehen. Und selbst bei den Christdemokraten erhält Vortänzer Kurt Biedenkopf, wohl nicht zuletzt aus Angst vor Stimmeneinbußen bei den anstehenden Wahlen, mehr Unterstützung.

Im Stuttgarter Landtag sprach sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Erwin Teufel für einen Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahrzehnte aus. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel will den jüngsten Atommeiler in Brokdorf erst nach weiteren Sicherheitsprüfungen ans Netz lassen (siehe Seite 46). Mit dem Münchner Bezirksvorsitzenden Erich Kiesel fordert erstmals ein prominenter CSU-Politiker eine „Denkpause“ beim Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf – fast eine Revolution gegen Franz Josef Strauß.

Der Brüter in Kalkar wird das erste Zeichen der Anti-Atom-Zeit werden.

Die nordrhein-westfälische Regierung des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau suchte schon seit langem, die fälligen Genehmigungsentscheidungen über den Bundeswahltermin im Januar 1987 hinaus zu verzögern. Auch in Bonn hat die Brüterbegeisterung merklich nachgelassen. Selbst wenn die Koalition am Ruder bleibt, wird der umstrittene Reaktor wahrscheinlich nie Strom produzieren. Ein Bonner Beamter: „Beim Brüter kriegen wir die Frontbegradigung hin.“

Das klang vor dem Reaktor-Unfall in der Ukraine noch ganz anders. Mini-

sterialdirigent Josef Pfaffelhuber, der für Kernenergie zuständige Mann von Innenminister Friedrich Zimmermann, befand noch vor wenigen Wochen bündig, in Kalkar seien „alle Voraussetzungen für die Genehmigung zur Einlagerung der Brennelemente erfüllt“. Zimmermann selbst ließ keinen Zweifel daran: Sollten die Genossen sich sperren, wollte er sie anweisen, im Auftrag des Bundes die nötigen Bescheide zu unterzeichnen.

Davon ist nicht mehr die Rede. Zimmermann plane keineswegs, so sein Vertrauter Wighard Härdtl heute, die Bedenken gegen den Betrieb des Brütters „im Parforceritt“ zu überwinden.

Einen Durchmarsch könnte der Minister politisch nicht mehr durchhalten. Denn die Düsseldorfer schieben neben den bisherigen technischen Bedenken einen weiteren Einwand nach. Es sei unverantwortlich, heißt es nun, die Erlaubnis zum Einlagern der hochgiftigen Plutonium-Brennelemente in Kalkar zu erteilen, bevor nicht alle Sicherheitsbarrieren gegen das Eindringen von Gewalttätern fertig und von Polizei wie Reaktorsicherheitskommission abgenommen seien. Nach dem Pfingst-Erlebnis in Wackersdorf mit gewalttätigen Chaoten sei das unabdingbar.

Vor Tschernobyl hatten sich die Landesbeamten noch dem Bonner Druck gebeugt und Zimmermanns Versicherung akzeptiert, er übernehme die Verantwortung für ein solches beschleunigtes Vorgehen. Darüber redet heute in Bonn niemand mehr.

Zum Entsetzen der harten Atompropagandisten in Industrie und Politik wird sogar im Regierungslager nun ernsthaft ein Weg gesucht, das Brüterproblem